

Unfallrisiko am Arbeitsplatz 2011 gesunken

Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung stabil - Das Unfallrisiko am Arbeitsplatz ist im vergangenen Jahr wieder gesunken. Das geht aus den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hervor, die ihr Verband, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), heute in Berlin vorgestellt hat.

Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung stabil

23.07.2012 - Das Unfallrisiko am Arbeitsplatz ist im vergangenen Jahr wieder gesunken. Das geht aus den Geschäfts- und Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hervor, die ihr Verband, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), heute in Berlin vorgestellt hat. Danach ging die Quote von 25,8 Unfällen je 1.000 Vollarbeiter im Jahr 2010 auf 24,5 Unfälle im Jahr 2011 zurück. Sie liegt damit fast wieder auf dem Niveau von 2009 (24,3 Unfälle). Weiter zugenommen hat dagegen die Zahl der bestätigten Berufskrankheiten. Im Durchschnitt blieben die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung stabil.

"Die Zahlen zeigen: Nicht nur die Wirtschaft hat eine gute Konjunktur, sondern auch der Arbeitsschutz", sagte DGUV-Hauptgeschäftsführer Dr. Joachim Breuer. Die Investitionen der Unternehmen in die Prävention lohnten sich doppelt. "Zum einen sind niedrige Unfallrisiken eine gute Voraussetzung, um die Beitragsbelastung der Wirtschaft auch zukünftig gering zu halten. Zum anderen zeigen wissenschaftliche Studien, dass Unternehmen direkt von Investitionen in den Arbeitsschutz profitieren - zum Beispiel durch geringere Ausfallzeiten oder weniger unfallbedingte Betriebsstörungen."

In der Schüler-Unfallversicherung sank die Unfallquote beim Schulbesuch um 0,8 Prozent auf 75,8 Unfälle je 1.000 Versicherte. Die Unfallquote auf dem Schulweg ging von 7,3 Unfällen auf 6,7 Unfälle je 1.000 Versicherte zurück. Der Schutz der Schüler-Unfallversicherung umfasst neben Schülern an allgemeinbildenden und Berufsschulen auch Studierende an Hochschulen und Kinder in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege.

Über 2.500 Todesfälle in Folge einer Berufskrankheit

2.548 Menschen starben 2011 in Folge einer Berufskrankheit. Die meisten dieser Erkrankungen waren durch anorganische Stäube ausgelöst, insbesondere Asbest. Insgesamt entschieden Berufsgenossenschaften und Unfallkassen in 71.738 Fällen über die Anerkennung einer Berufskrankheit. Bei 34.573 Versicherten stellten sie die berufliche Verursachung der Erkrankung fest. "Nach wie vor handelt es sich hier in der Mehrzahl der Fälle um Hauterkrankungen", so Breuer. Diese Erkrankungen könnten mit Mitteln der Rehabilitation inzwischen sehr gut behandelt werden. 5.407 Versicherte erhielten 2011 erstmalig eine Berufskrankheiten-Rente von der gesetzlichen Unfallversicherung, da ihre Erkrankung zu bleibenden Gesundheitsschäden geführt hatte.

Beiträge zur Unfallversicherung bleiben stabil

Rund 11,6 Mrd. Euro gaben Berufsgenossenschaften und Unfallkassen im vergangenen Jahr für Prävention, Entschädigungsleistungen und Verwaltung aus. Die Arbeitgeber in der gewerblichen Wirtschaft mussten insgesamt 10,3 Mrd. Euro für die Versicherung ihrer Beschäftigten aufbringen. Das entspricht einem durchschnittlichen Beitragssatz von 1,32 Prozent. Der tatsächliche Beitrag weicht allerdings in der Regel hiervon ab, da in der gesetzlichen Unfallversicherung risikogerechte Beiträge erhoben werden.

Die öffentlichen Arbeitgeber mussten rund 1,3 Mrd. Euro für die Versicherung ihrer Beschäftigten

und die Schüler-Unfallversicherung aufwenden.

Pressekontakt:

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)

Stefan Boltz

- Pressestelle -

Tel.: 030 / 288 76 37 68

Fax: 030 / 288 76 37 71

E-Mail: presse@dguv.de

Webseite: www.dguv.de

Über die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)

Der Verband "Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung" (DGUV) ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Er nimmt die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder wahr und fördert deren Aufgaben zum Wohl der Versicherten und der Unternehmen. Er vertritt die gesetzliche Unfallversicherung gegenüber Politik, Bundes-, Landes-, europäischen und sonstigen nationalen und internationalen Institutionen sowie Sozialpartnern.

